

# BEBAUUNGSPLAN "AM WALDE"

## MIT ÖRTLICHER BAUVORSCHRIFT ÜBER GESTALTUNG DER GEMEINDE GRASLEBEN

MASSTAB 1:1000

Zeichnerische Festsetzungen



### PLANZEICHENERKLÄRUNG

|  |  |                                      |
|--|--|--------------------------------------|
|  | RENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES   | § 9 (1) 1 BBauG                      |
|  | REINES WOHNGEbiet  | § 9 (1) 1 BBauG / § 3 BauNVO         |
|  | ALLOGEMEINES WOHNGEbiet  | § 9 (1) 1 BBauG / § 4 BauNVO         |
|  | ZAHl DER VOLLGESCHOSSE ALS HÖCHSTRENZE   |                                      |
|  | GRUNDFLÄCHENZAHl -GRZ-   | § 9 (1) 1 BBauG / § 16 und 17 BauNVO |
|  | GESCHOSSFLÄCHENZAHl -GFZ-  |                                      |
|  | OFFENE BAUWEISE -NUR ENZELHÄUSER ZULÄSSIG-   | § 9 (1) 2 BBauG / § 22 (2) BauNVO    |
|  | BAUGRENZE  |                                      |
|  | STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN -HAUPTFRISTRICHTUNG-                                    | § 9 (1) 2 BBauG                      |
|  | STRASSENVERKEHRSFLÄCHE   |                                      |
|  | STRASSENBELEGGRÜN UND PKW-STELLPLATZ   | § 9 (1) 11 BBauG                     |
|  | ÖFFENTLICHER PARKPLATZ   |                                      |
|  | FUSSWEG  |                                      |
|  | STRASSENBEGRÄNZUNGSLINIE   |                                      |
|  | ÖFFENTLICHE GRÜNFLÄCHE   |                                      |
|  | -PARKANLAGE-   | § 9 (1) 15 BBauG                     |
|  | SICHTFLÄCHE VON SICHTBEHINDERUNGEN HÖHER ALS 0,80m ÜBER FAHRBAHNÖBERKANTE FREIZUHALTEN |                                      |
|  | KENNZEICHNUNG DER ÜBERBAUBAREN FLÄCHEN   |                                      |
|  | ABGRENZUNG UNTERSCHIEDLICHER STELLUNG DER BAULICHEN ANLAGEN                            |                                      |

### Textliche Festsetzungen

- Nutzungsart**
  - Im reinen Wohngebiet sind Ausnahmen nach der Baunutzungsverordnung § 3 (3) unzulässig - BauNVO § 1 (6) Nr. 1.
  - Im allgemeinen Wohngebiet sind Ausnahmen nach der Baunutzungsverordnung § 4 (3) unzulässig - BauNVO § 1 (6) Nr. 1.
  - In den Wohngebieten sind gemäß § 3 (4) und § 4 (4) BauNVO nur Wohngebäude mit nicht mehr als 2 Wohnungen zulässig.
- Nutzungsmaß**

Im Wege der Ausnahme ist unter der Voraussetzung des § 85 (1) NBauO in dem Geltungsbereich des Bebauungsplanes "Am Walde" eine eingeschossige Wohnhausbebauung mit zur Hausseite orientiertem Sockelgeschoßausbau zulässig, wenn die festgesetzte Geschossflächenzahl (GFZ) nicht überschritten wird und die gewachsene Geländeform dies ergibt.
- Nebenanlagen und Einrichtungen**
  - Nebenanlagen und Einrichtungen im Sinne des § 14 (1) BauNVO sind auf den nicht überbaubaren Grundstücksflächen gemäß § 23 (5) BauNVO nicht zulässig. Dies gilt nicht für Müllboxen, Teppichklopfstangen, Gartenschwimmbäder und Einfriedungen.
  - Einrichtungen für die Kleintierhaltung nach § 14 (1) Satz 2 BauNVO werden gemäß § 14 (1) Satz 3 BauNVO ausgeschlossen.
- Sichtflächen**
  - Sichtflächen sind von jeder Sichtbehinderung über 0,80 m, bezogen auf die Fahrbahnoberkanten, dauernd freizuhalten.

### Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung

Gemäß §§ 56 und 97 der Niedersächsischen Bauordnung (zuletzt geändert durch das Niedersächsische Denkmalschutzgesetz vom 30.05.1978, Nds. GVBl. S. 217, in Verbindung mit § 10 des Bundesbaugesetzes vom 18.08.1976 (BGBl. I, S. 2256, 3617), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949) und § 6 der Niedersächsischen Gemeindeordnung vom 18.10.1977 (Nds. GVBl. 1977 S. 497)

- Geltungsbereich**

Die Örtliche Bauvorschrift über Gestaltung gilt für das Gebiet des Bebauungsplanes "Am Walde" der Gemeinde Grasleben.
- Gebäudehöhe**

Die Höhe der Erdgeschoss-Fußbodenoberkante der Wohngebäude darf nicht höher als 0,80 m über dem gewachsenen Gelände der bergseitigen Anschnittsfläche liegen.
- Form und Neigung der Dächer**
  - Die Dächer der Wohnhäuser sind als Steildächer in reinen Wohngebieten (WR) mit Neigungen von 28° bis 38° und in den allgemeinen Wohngebieten (WA) mit Neigungen von 28° bis 48° auszuführen. Abwalmungen sind zulässig.
  - Dachaufbauten sind nur im WA-Gebiet auf max. 20 % der Gebäudelänge zulässig. Die als Flachdächer auszubilden. Material und Farbe der Eindeckung müssen dem Hauptdach entsprechen.
  - Die Dächer freistehender Garagen sind als Flachdächer auszubilden. Die Dächer von Garagen, die unmittelbar an den Wohnhäusern erstellt werden, können als Flachdächer ausgebildet oder in die Dachform des Wohnhauses eingebunden werden.
- Material und Farbe der Bedachung**
  - Für die Dächer der Wohngebäude sind dunkelbraune und dunkelgraue bis schwarze Dachdeckungen zugelassen. Pappen, Bleche und Kunststoffe sind als Dachdeckungen ausgeschlossen. Ausgenommen hiervon sind auf Antrag Dachdeckungen für Energiegewinnung.
  - Garagenflachdächer sind mit Kies oder Kiespreßschichten abzudecken.
- Drempel**

Sämtliche Gebäude sind ohne Drempel zu errichten.
- Baustoffe**

An den Gebäudeaußenflächen sind Baustoffimitate, wie z.B. vorgehängte Kunststoffverkleidungen oder bituminierte Pappen nicht zulässig. Dies gilt auch für Garagen oder Nebenanlagen.
- Einfriedungen**

An den Straßenbegrenzungslinien und an den seitlichen Grundstücksgrenzen bis 10 m Grundstückstiefe sind maximal 0,80 m hohe Einfriedungen als Zaun und/ oder Hecke zulässig. Reine Kunststoffeinfriedungen sind ausgeschlossen.

Sonstige Einfriedungen zu den Nachbargrundstücken sind als Hecken und/ oder Zäune zu erstellen.

Die Einfriedungen sind auch möglich in Verbindung mit Sockelmauern. Die Höhe der Sockelmauer darf bei Zäunen maximal 0,30 m betragen; bei selbständigen Sockelmauern 0,60 m.
- Ordnungswidrigkeit**

Ordnungswidrig handelt nach § 91, Abs. 3 NBauO, wer als Bauherr, Entwurfsverfasser und Unternehmer vorsätzlich oder fahrlässig eine Baumaßnahme durchführt oder durchführen läßt, die nicht den Anforderungen der § 2 bis 7 dieser Örtlichen Bauvorschrift entspricht.

Die Ordnungswidrigkeit kann gemäß § 6 Abs. 2 der Nieders. Gemeindeordnung mit einer Geldbuße bis zu 5 000,00 Deutsche Mark geahndet werden.

*Freihaltung in Begründung n. B. Plan!*

### HINWEIS

Rechtsgrundlagen:

Bundesbaugesetz (BBauG) vom 18.08.1976 (BGBl. I S. 2256, 3617), zuletzt geändert durch das Gesetz zur Beschleunigung von Verfahren und zur Erleichterung von Investitionsvorhaben im Städtebaurecht vom 06.07.1979 (BGBl. I S. 949)  
 Baunutzungsverordnung (BaunVO) v. 15.09.1977 (BGBl. S. 1763)  
 Nieders. Bauordnung (NBauO) v. 23.07.1973 (Nds. GVBl. v. 27.07.73)  
 Nieders. Gemeindeordnung (NGO) v. 18.10.77 (Nds. GVBl. v. 26.10.77)



Grundlage: Deutsche Grundkarte 1:5000  
 Vervielfältigt mit Erlaubnis des Herausgebers:  
 Katasteramt Helmstedt

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des  
 Lageplans und sind als städtebaulich bedeutsame Anlagen sowie Straßen,  
 Wege und Plätze vollständig nach:  
 § 8. JUN 1980

Die Planunterlagen entsprechen dem Inhalt des  
 Lageplans und sind als städtebaulich bedeutsame Anlagen sowie Straßen,  
 Wege und Plätze vollständig nach:  
 § 8. JUN 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980

Der Rat der Gemeinde (Gemeinde) hat den Bebauungsplan in seiner Sitzung am 18.3.1980 nach Prüfung der Unterlagen, vorgelegten Bedenken und Anregungen gem. § 10 BBauG als Satzung beschlossen.  
 Grasleben, den 04. Juni 1980